

Die Umschau

auf dem Gebiete des Zoll- und Steuerwesens.

Erscheint wöchentlich.

Preis
vierteljährlich 1,75 M., Welt-
postverein 2 M.

Auschriften
an die Redaktion sind zu adressiren:
Berlin-Niedorf, Berlinerstr. 42

Bestellungen und Geldsendungen sind
nur an die Expedition Berlin S.W.
zu richten.

Man abonnirt bei allen Buchhandlungen
und Post-Amtstalten, sowie bei den Ex-
peditionen in Berlin und Hamburg.

Zeitschrift für Zoll- und Steuer-Technik und Verwaltung.

Offizielles Organ des Verbandes deutscher technischer
Zoll- und Steuer-Beamten.

Herausgegeben von Steuerrath a. D. A. Schneider
unter Mitwirkung bewährter Fachmänner.

Anzeigen
 kosten 15 Pf. die 4 gespaltene
Petitzile oder deren Raum.
Bei Wiederholungen
billiger.

Expeditionen:
Berlin SW, Hagelsbergerstr. 32,
Hamburg, Speersort 15,
(Herold'sche Buchhandlung).

Verlag von
Eugen Schneider, Berlin.

Nachdruck unserer Artikel ist nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Nr. 41.

Berlin und Hamburg, den 3. November 1898.

17. Jahrgang.

Inhalt: Die Sozialdemokratie im Beamtenthum (S. 321.) Umwandlung der Einnehmerstellen Ia in Ober-Kontrolleurstellen (S. 322.) **Zoll- und Steuer-Technisches**, Zölle: Zollerleichterung bei der Ausfuhr von Mühlenfabrikaten (S. 323.) Zuckersteuer. Zur Zuckerprä-
mienfrage (S. 323.) Branntweinstein: Erhöhung der Brennsteuervergütung (S. 323.) Steuerung an Destillir-Apparaten (S.
323.) Der neue Kontingenzfuß (S. 324.) Neues Bottigrihrwerk (S. 324.) Personalien (S. 324.) Verschiedenes (S. 324.) Brief-
kasten (S. 324.) Verbandsnachrichten (S. 325.) Anzeigen (S. 327.)

In einem Artikel der konservativen „Grenz-
boten“ betitelt:

Die Sozialdemokratie im Beamtenthum

sind so viele, mit den unsrigen übereinstimmende Anschau-
ungen ausgesprochen, daß wir es nicht unterlassen können,
dieselben im Auszuge zum Abdruck zu bringen:

rc. „Aber, wie gesagt, die Repression mit Verbieten und
Gebieten. Verfolgen und Strafen ist überhaupt die Neben-
sache. Allein kann sie nichts nützen, sondern wird viel eher
nur schaden. Sie hat noch weniger zu bedeuten, als die
Peitsche für den tüchtigen Reiter eines edlen Pferdes. Es
kommt alles darauf an, daß durch weise, maßvolle und wohl-
wollende Behandlung die Herzen der Beamten — von Kopf
und Verstand ist dabei überhaupt kaum die Rede — wieder-
standsfähig gemacht werden gegen die Irrlehren der Sozial-
demokratie, daß die Umstände beseitigt werden, die Unzufrie-
denheit und Unmuth im Beamtenthum erzeugen müssen, ehe
diese Irrlehren wirksam werden.“

Das wird ja natürlich unseren schneidigen Operateuren
als ein sehr abgestandenes, verwirrtes Tränklein erscheinen,
und die einseitige oder auch berechnete Parteireklame hat zu-
dem das Ihrige gethan, es um seinen Kredit zu bringen.
Und doch ist es die unerlässliche Voraussetzung eines sieg-
reichen Kampfes, daß die maßgebenden Stellen und überhaupt
alle die, deren Aufgabe dieser Kampf ist, zur vollen Überzeu-
gung gelangen: die Behandlung der Beamten entspricht den
berechtigten Forderungen nicht mehr, sie bedarf einer durch-
greifenden Reform, und diese liegt durchaus in der Macht
des Staates und der Behörden. (Hört, Hört!!)

Es wäre ganz falsch, diese Reform etwa auch zu einer
besonderen, in die Augen fallenden „Aktion“ zu stempeln,
obwohl sie so viel wichtiger ist als alle Repressivmaßregeln.
Aber, wenn man es schon für angebracht hält, den Kampf
gegen die Sozialdemokratie durch besondere Erlasse anzukün-
digten, dann sollte man die vorbeugende Seite der „Aktion“

nicht mit Stillschweigen übergehen, sondern so deutlich, daß
jedermann vom Botenmeister bis zum Präsidenten es sich
hinter die Ohren schreibt, erklären: Wer seinen Untergebe-
nen nicht nach besten Kräften und mit aufrichtigem Wohl-
wollen den Dienst und das Leben exträglich zu machen sucht,
der fördert die Sozialdemokratie und der ist von heute ab
unbrauchbar für den Dienst des Staates und des Kaisers.“ rc.

rc. „Der Staat kann seinen Beamten nicht Ausicht
machen, im Dienst zu Vermögen zu gelangen, wie der Pri-
vatmann im Geschäft. Er würde dabei einfach bankrott.
Er muß mit einem vermögenslosen Beamtenthum rechnen.
Er hat eben deshalb ganz andere Pflichten der Fürsorge für
seine Beamten neben der Gehaltszahlung als der Privatun-
ternehmer für seine Angestellten. In Bezug auf behagliche
Wohnung, angemessene Erleichterung der Kindererziehung bis
zu ihrer eigenen Erwerbsfähigkeit, Fürsorge für Krankheit,
Alter, für die Hinterbliebenen werden in nächster Zeit noch
große Geldmittel mehr als bisher aufzuwenden sein und auf-
gewandt werden können. Aber auch hier ist doch in neuerer
Zeit viel geschehen, und der eigentliche Grund für die Unzu-
friedenheit und den Unmuth unseres Beamtenthums ist im
Allgemeinen auch nicht auf diesem Gebiete der staatlichen
Pflichterfüllung zu suchen. Der Staat selbst begeht den ver-
hängnisvollsten Fehler damit, daß er in ihm d. h. aus-
schließlich in der Geldfrage, den Hauptgrund der Unzufrie-
denheit sucht. Man ist eben leider überall in dem Wahn
befangen, daß die soziale Frage zu lösen und die Sozialde-
mokratie zu bekämpfen sei, einzig und allein durch Geld und
Geldeswerth, soweit die Repression nichts hilft. Und weil
der Staat im Geldaufwand seiner Pflicht redlich zu genügen
bemüht gewesen ist, glauben die Behörden jetzt außer dem
Verbauen und Strafen keine Aufgabe mehr zu haben, sind
sie blind und taub gegen den Satz, der das Hauptthema und
der Schlussakkord aller Klagesieder der Beamtenschaft, um die
es sich hier handelt, der mittleren und der niederen ist: Es
hilft alles nichts, denn das Wohlwollen fehlt überall! (Hört,
Hört!!)